Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 262 | Sonnabend, den 9. November 1918 | 13. Jahrgang

Abdankung des Kaisers.

Eine zu wählende Nationalversammlung soll über die zukünftige Deutsche Staatsform entscheiden.

(Amtlich.) Berlin, 9. November. Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918. **Der Reichskanzler: Prinz Max von Baden.**

(Regent wird der nächstälteste Bruder des Kronprinzen, Prinz Eitel Friedrich von Preußen.)

Zur Abdankung des Kaisers.

Die Entscheidung des Kaisers noch nicht erfolgt.

Der Reichskanzler will zurücktreten.

Aus Berlin wird von vorgestern gemeldet: Wie wir hören ist Seiner Majestät dem Kaiser über die Lage telegraphisch Bericht erstattet worden. Eine Antwort ist bisher nicht eingetroffen. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat dem Kaiser seine Demission angeboten.

Der Kaiser, welcher vom Reichskanzler über die Gesamtlage genau unterrichtet ist, hat den Prinzen Max von Baden gebeten, einstweilen die Geschäfte des Reichskanzlers weiterzuführen, bis der endgültige Entschluß des Kaisers erfolgt. Dieser ist in kürzester Frist zu erwarten.

Der Kaiser befindet sich bekanntlich im Großen Hauptquartier.

Der Kaiser weigert sich, abzudanken.

Der preußische Minister des Innern Dr. Drews hat dem Kaiser über die Forderung nach Abdankung des Kaisers Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier teilte Dr. Drews mit, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Der Kaiser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die jetzige verworrene Lage freiwillig unter keinen Umständen seinen Platz verlassen werde. Er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses unmöglich der Entente ausliefern. Seine Abdankung würde eine völlige Anarchie und ein Ueberhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht abdanken.

Auch die Volkspartei fordert Thronverzicht.

Die „Frankf. Ztg." meldet: Die gemeinhin verbreitete Nachricht, es hätten bei den Kabinettserörterungen über die Kaiserfrage die sozialdemokratischen Staatssekretäre allein gestanden, entspricht durchaus nicht den Tatsachen. Es haben, wie wir authentisch zu wissen glauben, auch die aus der Fortschrittlichen Volkspartei entnommenen Staatssekretäre die Notwendigkeit des Thronverzichts entschieden bejaht und es haben, was für die Situation kennzeichnend ist auch mehrere der wichtigsten beamteten Regierungsmitglieder sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Dagegen haben allerdings die Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen sich bei diesen Erörterungen der Forderung des Thronverzichts nicht angeschlossen.

(Diese Meldungen sind durch die inzwischen erfolgte Abdankung des Kaisers natürlich überholt. D. Red.)

Die Frist des sozialdemokratischen Ultimatums verlängert.

Berlin, 8. November. (Nichtamtlich). Das Kriegskabinett ist unter dem Vorsitz des Reichskanzlers seit dem frühen Vormittag zu einer Sitzung versammelt. Die Meldung eines hiesigen Blattes, wonach der Reichskanzler ins Hauptquartier gereist wäre, ist unrichtig. Es verlautet, daß mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten die Frist des sozialdemokratischen Ultimatums bis 6 Uhr abends (Freitag) erstreckt sei. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch nicht vor. Das Straßenbild der Reichshauptstadt ist von den politischen Ereignissen fast gänzlich unbeeinflußt. Es wird in allen Betrieben gearbeitet.

Die Forderungen des sozialdemokratischen Ultimatums, unter denen sich auch diejenige der sofortigen Abdankung des Kaisers und des Thronverzichts des Kronprinzen befindet, haben wir gestern bereits mitgeilt.

Die Waffenstillstandsverhandlungen.

72 Stunden Bedenkzeit.

Foch lehnt sofortige Waffenruhe ab.

Gestern in später Abendstunde haben wir durch Extrablatt folgende Meldung verbreitet:

Amsterdam, 8. Nov. Das Bureau Radio teilt mit: Die deutschen Bevollmächtigten erhielten Freitag morgen im Großen Hauptquartier der Alliierten die Bedingungen für den Waffenstillstand, sowie die dringende Aufforderung, sie binnen 72 Stunden, die Montag vormittag 11 Uhr ablaufen, anzunehmen oder abzulehnen. Der deutsche Vorschlag zu sofortigem Abschluß einer vorläufigen Waffenruhe wurde von Foch abgelehnt. Die Waffenstillstandsbedingungen sind durch Kurier nach dem Deutschen Hauptquartier überbracht.

Danach wollen unsere Feinde von einem Verhandeln über die Waffenstillstandsbedingungen nichts wissen. Sie fordern ein glattes Ja oder Nein.

Die Waffenstillstandsbedingungen unterwegs nach Berlin.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Waffenstillstandskommission, der sich General von Gündell im letzten Augenblick nicht angeschlossen hat, ist gestern (Donnerstag) in später Stunde an der bezeichneten Stelle eingetroffen. Es wird angenommen, daß die Waffenstillstandsbedingungen heute früh mitgeteilt worden sind. Da es sich aber um eine längere Automobilfahrt handelt, welche die Kommission zu unseren Truppen zurückzulegen hat, so dürften die Bedingungen vor heute (Freitag) abend hier in (Berlin) nicht bekannt werden. Sollten sogar Verhandlungen nötig sein, so wird wahrscheinlich noch längere Zeit vergehen müssen.

Die Vorgänge in Bayern.

Das bayrische Königshaus abgesetzt.

München, 8. November. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung im Landtagsgebäude die Absetzung der Dynastie Wittelsbach beschlossen.

Der Münchener Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern erließ ferner folgende Bekanntmachung: Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit arbeitet von heute an das gesamte Polizei- und Sicherheitspersonal im Auftrag und unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates. Den Anordnungen dieser Organe ist unbedingt Folge zu leisten.

Erklärung des Münchner Polizeipräsidenten.

Ich verpflichte mich, bei der Ausübung des Sicherheitsdienstes den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates München Folge zu leisten. Sofern ich dieser Verpflichtung nicht nachkommen kann, muß ich mir das Recht des Rücktritts vorbehalten. München 8. November 1918. Königlicher Polizeipräsident. gez. von Balch.